

Chemnitzer Umschau

Unsere Gemeindeverwaltung hat kein Herz für die Armen

Niemand würde es für möglich halten, daß die Gemeinde-Autonomie, diese wertvolle Errungenschaft der jüdischen Gemeinden, zur Unterdrückung Andersdenkender mißbraucht werden könnte, wenn unsere Gemeinde nicht ein trauriges Beispiel dafür liefern würde. Unser Gemeindestatut, eine Mischung von brutaler Gewalt und geistiger Beschränktheit, die in 7 Punkten die Reichsverfassung verletzt, wird von der freibeitlichsten Republik der Welt durch Eintreiben der Steuern geschützt. Das ist nur so zu erklären, daß die Aufsichtsbehörde über die unwürdigen Zustände in unserer Gemeinde nicht oder nicht ausreichend, informiert ist.

Ich darf als bekannt voraussetzen, daß unsere Gemeindevertretung nicht gerade ein Hort sprühender Intelligenz ist. Die Mitglieder sind zum großen Teil noch selbst mit der Postkutsche gefahren und ihr altersschwaches Kopfschütteln wird je nachdem, ob das Zittern in vertikaler oder horizontaler Richtung verläuft als Meinungsäußerung bzw. Abstimmungsergebnis mit ja oder nein bewertet. Und wenn einer bei einer offiziellen Gelegenheit einige Begrüßungsworte stammelt, so wird das ihm geradezu als geistige Tat angerechnet. Eine Vertretung, die die Mehrheit der Gemeinde von der Mitarbeit ausschließt, die sich seit Jahrzehnten nicht erneuert hat, bei deren Zusammensetzung nicht Verdienst oder Fähigkeit maßgebend waren, sondern die Ausdauer, mit der einer auf einem Sessel sitzen kann, muß natürlich so aussehen.

Seit vielen Jahren wird in öffentlichen Versammlungen, Zeitungen, Vereinen usw. gegen das bestehende Wahlrecht, dieses jämmerliche Machwerk, dieses unfaire Gesellschaftsspiel, bei dem die eine Partei die Spielregeln einseitig festgesetzt hat, gekämpft. Noch nie aber wurde es von den Notabeln, die ihm ihre Macht verdanken, verteidigt. Sie üben weiter Unrecht und Schweigen. Ob es ihnen an Mut fehlt, zu ihren Taten zu stehen, oder an Geist, ihre Haltung zu begründen, jedenfalls haben sie sich bisher erfolgreich gedrückt, wenn sie öffentlich gestellt wurden. Es verdient vermerkt zu werden, daß es eine jüdische Öffentlichkeit gibt, die im 13. Jahre der Republik die immer kneifenden Unterdrücker von den Ehrenämtern noch nicht verjagt hat.

Wir wollen diesmal die Stellung der Gemeindeverwaltung den Armen gegenüber einer Betrachtung unterziehen. Obwohl die unsoziale Einstellung der Gemeinde nur 1 Punkt von 7 ist, die wir bekämpfen, wird sich gleich zeigen, daß dieser eine Punkt sich in vier weitere unterteilen läßt. Wie in allem Unrecht, so kennt die Gemeindevertretung auch hier keine Grenzen.

1. kennt unsere Gemeinde keine soziale Fürsorge. Sie überläßt sie ganz der privaten Initiative. Das klingt so unglücklich, daß auswärtige Herren bei mir angefragt haben, ob ich mich auch nicht irren. Nein, leider nicht. „Was machen denn die Herren sonst?“ wurde ich gefragt. Das, was ein mittelmäßig begabter Beamter, der nicht unbedingt Jude zu sein braucht, auch treffen würde.

2. haben arme, die keine Steuern zahlen, auch kein Wahlrecht. Damit wird Armut zum Verbrechen gestempelt, denn wir sind es von den Wahlen zum Reichs- und Landtag her gewohnt, daß das Ehren- und somit Wahlrecht nur Verbrechern von besonders ehrloser Gesinnung abgesprochen wird.

3. zahlt jemand Steuern, ist aber mit ihnen im Rückstand, so kann er auch nicht wählen. Davon wird natürlich, besonders in den jetzigen schweren Zeiten, der finanziell schwächere Teil unserer Gemeindeglieder betroffen.

4. hat der Vorstand beschlossen, die Wahlen an einem Donnerstag stattfinden zu lassen. Zu allen anderen Vertretungen in Reich, Land und Gemeinde wird kraft Gesetzes an einem Sonntag gewählt. Dem ärmeren Teil der Bevölkerung kann natürlich nicht zugemutet werden, daß er auf sich das Opfer nimmt, zum Zwecke des Wählens seine werktätige Beschäftigung zu unterbrechen. Unsere Gemeinde mutet aber das unseren Armen zu. Haben sie schon Steuern bezahlt, und sind sie mit ihnen nicht im Rückstand, so sollen sie bei dieser schwierigen Wirtschaftslage auch noch einen halben Werktag opfern. Das will der Vorstand eigentlich weniger. Was er damit anstrebt, ist, daß so viele als nur möglich von den Wahlen ferngehalten werden. Seine Anhänger können sich schon die paar Minuten für eine Autofahrt leisten. Bei den letzten Reichstagswahlen haben die geistigen Führer der Nation einen überparteilichen Aufruf erlassen, der jedem die Pflicht, sich an der Wahl zu beteiligen, ins Gedächtnis ruft. Unser Vorstand hält seine Wähler von den Wahlen fern.

Würden unsere Gewaltigen etwa nur Ausländerhetze treiben, im übrigen aber nach demokratischen Prinzipien handeln, so würden sie unsern Kampf

erschweren. So aber bieten sie so viele Angriffsflächen, daß es nicht lange dauern wird, und ihre eigenen, von uns aufgeklärten Freunde werden sich von ihnen mit Grauen abwenden. In der Hauptsache, weil sie bisher die angeborene oder angeworbene Trägheit noch nicht überwinden konnten, über eine Aenderung des vorsintflutlichen Wahlrechts auch nur nachzudenken, geschweige denn zu verhandeln. Je fauler unsere Gegner, je krasser das Unrecht, um so sicherer ist unser baldiger und vollständiger Sieg.

Der Kampf geht nach den Wahlen mit unverminderter Energie weiter. Die Gemeindevertretung glaubt durch Ausschluß der Öffentlichkeit bei ihren Verhandlungen im Verborgenen zu bleiben. Wir schaffen uns aber in dieser Zeitung selbst eine

Öffentlichkeit, die mit tausendfachem Echo das Unrecht in die Welt hinausschreit.

Wir werden mit Versammlungen, mit der Veröffentlichung von Briefen, Berichten und Artikeln, mit Interpellationen in den verschiedensten Vereinen usw. Aufklärungsarbeit leisten, bis sich in der Vorstellung aller Gemeindeglieder jeder mit der Entrechtung Andersdenkender erworbene Ehrensitz zu einem Pranger verwandelt haben wird. Wir werden dafür sorgen, daß die breitesten Öffentlichkeit die Namen der 17 jüdischen Antisemiten, die ihre eigenen Brüder entrechteten, erfährt und im Gedächtnis behält.

Ich rufe alle fortschrittlich gesinnten und jüdisch empfindenden Mitglieder unserer Gemeinde, alle Juden mit anständiger Gesinnung und unbefangenen Urteil auf, als Protest gegen die unwürdigen Zustände in unserer Gemeinde, die Kämpfer für Recht und Gerechtigkeit, die Kandidaten der Jüdischen Volkspartei zu wählen.

Dr. J. Adler (Chemnitz)

Die „altbewährte“ gemeinschaftliche Sitzung im Jahre 1930

So hört denn, ihr Juden von Chemnitz, Sachsen und der ganzen Welt, daß im November 1930 die erste und einzige gemeinschaftliche Sitzung der Gemeindeverordneten und des Vorstandes der Israelitischen Religionsgemeinde zu Chemnitz stattgefunden hat:

Der 1. Vorsitzende, Herr Josef Kahn, dankt und dankt und dankt... dankt seinen Kollegen im Vorstande für ihre unermüdete Mithilfe, den Gemeindeverordneten für ihr Aushalten (bei drei Sitzungen im Jahre 1930), der Synagogenkommission für ihre aufopfernde Tätigkeit (vor zumeist leeren Bänken), dem Herrn Friedhofskommissar für seine Sorge um das Begraben der Toten usw. usw. ... Zugleich gab er einen Rechenschaftsbericht über das im verflossenen Jahr „Geleistete“, wobei er des für die jüdische Gemeinschaft so bedeutsamen Ereignisses der Neuwahl des Herrn Oberbürgermeisters gedachte und darauf hinwies, daß er ihm auch einen Gratulationsbesuch abgestattet habe. Zu den „Leistungen“ der Gemeinde zählte der Vorsitzende, Herr Kahn, noch die Tatsache, daß er die Gemeinde bei einer Veranstaltung des neutralen Jugendbundes und einer solchen des R. j. F. vertreten habe. Als weitere große „Leistung“ der Gemeinde hob er die Teilnahme an der Sitzung des Sächsisch-israelitischen Gemeindeverbandes in Chemnitz hervor. Dann äußerte er sich über die Steuergänge, berichete über den Zusammenschluß zweier orthodoxer Bethäuser und über solche oder ähnliche „Ereignisse“ während des Kalenderjahres.

Die Fraktionsmitglieder der J. V. P., Herr Lipa Scharf und Dr. Sichel, benutzten diese Gelegenheit zu einer scharfen Kritik an dieser Tätigkeit des Vorstandes. Herr Scharf wies darauf hin, daß dieser Rechenschaftsbericht nichts anderes darstelle, als den chronologischen Ablauf einer Verwaltungstätigkeit, und daß selbst ein Nichtjude, z. B. der 1. Sekretär der Dresdner Gemeinde, Herr Ploemacher, diese Art von Arbeit, die nur Verwaltungsroutine beanspruche, vollkommen erledigen könnte. Zu solcher Verwaltungstätigkeit erübrige sich seiner Meinung nach vollkommen die Inanspruchnahme zweier Kollegien, bestehend aus 6 Vorstandsmitgliedern einerseits und 15 Gemeindevorordneten andererseits. Wohl wisse Herr Scharf, daß diese Arbeit notwendig sei und gemacht werden müsse und er wisse auch für diese Arbeit Herrn Kahn Dank, aber er müsse es außerordentlich bedauern, daß die Gemeindeglieder damit anfangs und ende. Was der Vorsitzende hier als „Leistungen“ aufgezählt habe, seien doch in der Tat ganz belanglose Kleinigkeiten, die absolut nicht dazu angetan seien, das geistige Leben einer jüdischen Gemeinde anzuregen. Er wies darauf hin, daß die Gemeinde absolut nichts für die Erziehung der Jugend leistet, nichts in kultureller Hinsicht tut und bis jetzt noch nicht den Versuch gemacht hat, sich die sozialen Angelegenheiten zur Aufgabe zu machen. Wenn auch Privatpersonen und Privatvereine für ihre jüdischen Brüder tätig sind, so kann dies doch für die Gemeinde kein Grund sein, nicht ihre Pflicht als Gemeinde zu erfüllen. Nach seiner Ansicht sei die jüdische Gemeinde verpflichtet, die soziale Tätigkeit für ihre Gemeinde in eigene Regie zu nehmen; wenn sie das schon nicht tue, habe sie zumindest einen beträchtlichen Betrag für diesen Zweck auszuwerfen. Die Mitteilungen an die jüdischen Blätter, wonach die Chemnitzer Gemeinde an der Spitze der Wohltätigkeit stehe, sei nichts als eine Irreführung der Öffentlichkeit, die annehmen müsse, daß diese Beträge aus dem Säckel der Gemeindekasse fließen. Doppelt traurig sei es aber, daß man dem jüdischen Unterstützungsverein die traditionelle Subvention von RM 500.— jährlich bereits im vorigen Jahre wieder entzogen habe. Nun,

höre doch lieber Leser, mit welcher „Begründung“: da man beängstigt sei, daß vielleicht sich auch noch die anderen drei Wohlfahrtsvereine an die Gemeinde wenden würden zwecks Unterstützung mit gleichen Beträgen. Das wäre schon eine Belastung für die Gemeinde von — sage und schreibe — RM 2000.— pro Jahr. Nun haben doch aber die Herren Liberalen, Mitglieder der „Religionsgemeinde“, ein Prinzip, und so lehnt sie als „Religions“gemeinde jede Unterstützung ab. Wo in aller Welt gibt es ein gleiches Beispiel! Scharf beschließt seine Kritik mit der Bemerkung, daß das, was der Rechenschaftsbericht nicht bringe, vielsagender sei als das, was er bringe.

In die gleiche Kerbe hieb alsdann Herr Dr. Sichel und wies darauf hin, daß es ihm und seinen Fraktionskollegen außerordentlich schwer werde, sich mit diesen Herren auseinanderzusetzen, die heute die Macht in der Gemeinde ausüben. Die Gemeinde habe nichts getan, das jüdische Leben in Chemnitz lebendiger zu gestalten. Die einzige Neuerung, die die jüdische Gemeinde in den zwei Jahrzehnten seines Hierseins geschaffen habe, bestehe in der Gründung und Ausgestaltung einer jüdischen Bibliothek, die auch nur auf Anregung und Drängen der Jüdischen Volkspartei geschaffen wurde. Sonst sei die ganze „Leistung“, wie der Rechenschaftsbericht wieder gezeigt habe, nichts anderes als rein technische Arbeit. Nichts geschehe bezüglich einer jüdischen Erziehung der Jugend; der Unterricht sei ganz unvollkommen und ungenügend, wie überhaupt die Gemeinde nichts unternehme, um einen lebendigen jüdischen Geist in der Gemeinschaft zu schaffen und wachzuhalten. Die jetzigen Gemeindegewaltigen glaubten immer noch „jüdisch“ tätig sein zu können, wenn sie die Aufgaben für das Judentum in den Grenzen der Stadt Chemnitz als abgeschlossen betrachteten. Sie verstanden noch immer nicht, daß die Fragen der jüdischen Not, die Fragen des Antisemitismus, die Fragen eines lebendigen Judentums eine einheitliche Aufgabe der gesamten Judentum darstelle und demgemäß auch nur von der Gesamtjudentum geleistet werden könne. So müsse er es auf das lebhafteste bedauern, daß die Gemeinde Chemnitz sich vollkommen von den Aufgaben des Gesamtjudentums fernhalte, der Renaissance des Judentums vollkommen teilnahmslos gegenüberstehe und für die Aufgaben Palästinas bisher auch nicht das geringste Verständnis aufgebracht habe. Auch in der Frage des Wahlrechts und der Öffentlichkeit der Sitzungen könne es nicht so weitergehen. Er unterstrich unsere Forderungen, betonte, daß das Leben in der Gemeinde schon deshalb tot bleiben müsse, weil man — sozusagen — mit Gewalt die Mitglieder der Gemeinde von der Mitarbeit fernhalte. Die Liberalen hörten sich diese Kritik an — auch Herr Josef Kahn — und schwiegen. Aus zwei Gründen, einmal weil sie sich schuldbehaftet fühlen, zweitens — was ihnen bei ihrer „aufopfernden Tätigkeit“ das Wichtigste zu sein schien — um schneller mit der Beratung des Gemeindeetats zu Ende zu kommen, für den sie nach alt„bewährter“ Tradition als alt„bewährte“ Männer einen Abend festgelegt hatten. Und in der Tat, die 34 Positionen des Gesamtetats wurden an dem gleichen Abend „durchberaten“ und angenommen. Und die Herren Liberalen haben es sicherlich lebhaft bedauert, daß die Sitzung sich so lange hinauszog (durch die „vielen Reden“ der Fraktionsmitglieder der J. V. P.). Wir können ihnen das nachfühlen; denn seitdem vier volksparteiliche Verordnete in die Gemeindestube ihren Einzug gehalten haben — in das „obere“ Kollegium des Vorstandes und in den Sächs. Landesverband läßt man keine hinein —, laufen die Sitzungen nicht so schnell und glatt ab wie in einer Generalversammlung einer

Chemnitzer Gemeindeglieder! Unterstützt den Kampf für das gleiche Recht, wählt die Liste der Jüdischen Volkspartei!

A-G. In der Kultus mit mal wieder „Demokrat

Bei einer werden für 92 000.— b gibt es nu 19 180.—, das Vorgeh einen einz Gemeinde Orthodoxie sich selbst dazu bestin hängigkeits auch nicht so beleben Kultur. Es Liberalen bezahlen d wollen, au gions“geme bestimmten kommen, d Gemeinde zu sorgen.

Bei diese sich folgen schen Ch Gemeinde erw „altbewähr glaubte närl (lich) deuts seiner Emp noch durc und Blöck ruhigen m Kultur ges sich entsch regung sei glaubte, es die er sch

Möglich, ärztliche tüchtigkeit herrn eine Uns schein Fabrikschc wirklichen der Tat b Beselt er besitzt, kann sage und Verore rechts, der allen Frag J. V. P. de dere dem l gegeben l trauen der rische“ Sit der Tages J. V. P. au und des unerledigt.

Friedl nitz s

Berlin nitz (Schle reiche Gr Auch die Justizrat I entging au Hiller, des verdankt, war in b und dadu stische Op zeiger“ e Täter aus Inserat hi

„Die partei d Rehen. lohnung auf dem ihr nie macht, den kö Herr l

Die Suc sogleich i folg. Noch jener Anz jähriger Alters als eingeschri der NSDA

Die „CV Nationalso Ergreifung Belohnung daraus le Entrüstun die Vergi beibehalte selbst!“